

19.50

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Zwei Punkte, die heute dabei von Interesse sind: Das Erste ist die sogenannte Neugestaltung rund um das Patentamt. Das ist schon eine etwas längere Geschichte. Um 2011/2012 herum hat die damalige Ministerin Bures angefangen, das dort neu zu strukturieren, und damals konnte man noch davon ausgehen, dass es eine ähnliche Bewegung gibt wie in den Jahren davor bei der ACG, das heißt eine komplette Auslagerung.

Es gab daraufhin auch im Jahre 2012 oder 2013 einen Rechnungshofbericht, der sich der ganzen Sache im Detail angenommen hat und mehrere Punkte für dieses Konzept empfohlen hat. Das Sonderbare war, dass man diese Punkte, die vor allem für die finanziellen Folgen für die Republik und vor allem auch für die Kunden nicht uninteressant sind, **nicht** berücksichtigt hat, sondern – und so scheint es uns – sich in die genau entgegengesetzte Richtung bewegt hat.

Man ist jetzt so weit, dass man sagt, das Ganze, und zwar sowohl der amtliche Teil, also der hoheitliche Teil, als auch der teilrechtliche Teil, wird jetzt wieder ins Ministerium gegeben. Das bedeutet aber eine Erhöhung der Zahl der Planstellen, also mehr Ausgaben, als man ursprünglich erwarten konnte, und das bedeutet aber auch zusätzlich keine Einsparungen.

Wenn man sich das Rechnungshofpapier ansieht und vergleicht, was jetzt gemacht werden soll, dann sieht man, es fehlt eigentlich eine vernünftige Geschäftsfeldstrategie, davon abgeleitet ist dann auch ein Businessplan nicht vorhanden. Wir reden immer in den allgemeinen Sonntagsstatements – nicht nur die Bundesregierung, auch allgemein die Regierungsparteien – von einer Entbürokratisierung. Auch das ist nicht wirklich merkbar.

Und jetzt fragen wir uns: Gibt es überhaupt so etwas wie – im Regierungsprogramm steht es drinnen – eine nationale Strategie für die Intellectual Property Rights, für die Patente, für das geistige Eigentum? (*Zwischenruf des Abg. Mayer.*) Wir glauben, dass es nämlich genau das nicht gibt. Wenn es das geben sollte – und das steht diametral zu den Empfehlungen des Rechnungshofs –, dann hat der offensichtlich irgendetwas anderes geprüft oder es gibt so große Erkenntnisse, die dem Rechnungshof verborgen geblieben sind, oder, woran wir auch schon gedacht haben, aber nicht wirklich als realistisch empfinden, es hat persönliche Gründe.

Nur: Wenn ich mir die Patentamtsleiterin anschau – und ich kenne sie jetzt seit etlichen Jahren –, muss ich sagen, dass das eine fähige Frau ist. Also das kann es nicht sein. Der würde ich das zutrauen, dass sie den komplett ausgelagerten Betrieb, also sowohl den hoheitlichen also auch den teilrechtsfähigen, komplett und kompetent leitet.

Uns ist daher nicht klar, warum man das Ganze jetzt wieder ins Ministerium selbst gibt. Es mag sein, dass das auch mit dem Einwirken von Patentanwälten zusammenhängt. *(Abg. Pirkhuber: Das ist schon näher an der Sache!)* Wir glauben in Summe, dass es für die Kunden, für die, die das Ganze zu zahlen haben, und am Schluss auch für die Steuerzahler zu teuer ist.

Der zweite Punkt, den ich nur kurz ansprechen möchte, ist das mit den Patenten auf Leben. Da gibt es ja auch einen eigenen Antrag, dem wir uns vollinhaltlich angeschlossen haben. Ich vertraue darauf, Herr Bundesminister, dass Sie in den Gremien der Europäischen Union und überall, wo das ein Thema ist und zur Sprache kommt, diesem Antrag entsprechend die österreichische Position vertreten werden. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mayer: Da sollte man den Rechnungshofbericht noch einmal nachlesen!)*

19.54

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordnete Kucher. – Bitte. *(Ruf bei der FPÖ: Der muss erst seine Rede vorbereiten! – Abg. Weninger: Es ist besser, wenn man die Rede vorbereitet!)*